

FDP Adliswil

Gemeinderatssitzung vom 3. Dezember 2003

Finanzplan 2003 – 2007

Robert Wälle referiert wie folgt: Die EVP/FDP-Fraktion hat viele Unsicherheiten festgestellt. So bestehen grosse Unklarheiten, wie der Geldfluss der Stadt Adliswil in den kommenden Jahren erfolgen wird. Zusätzlich werden grössere Investitionsobjekte den Finanzplan belasten (Freibad, Stadtsaal, Schulhaus Kronenwiese, Altersheim). An der Sitzung des Gemeinderates vom 6. Dezember 2000, zeigte sich der ehemalige Präsident der RGPK, Hansruedi Müller, erfreut die positive Ausgangslage des Finanzplanes 2000/2004. Damals wurde der Selbstfinanzierungsgrad gemäss Zielsetzung (mindestens 50 %, möglichst über 100 %) noch eingehalten. So konnte, die damals vorgenommene Steuerfussreduktion von 3 Punkten aufgrund von Budget und des optimistischen Finanzplanes vorgenommen werden. Die finanzielle Ausgangslage der Stadt Adliswil ist heute weniger „optimistisch“ und die Prognose verspricht keine Besserung. Der Stadtrat verweist im Finanzplan auf die überdurchschnittlich hohen Nachträgen von Steuern in den Jahren 2000 bis 2002 verliert aber im gleichen Papier kein Wort darüber, dass diese Nachträge an Steuern unserer Stadt in den kommenden Jahren allenfalls fehlen werden. Es ist ausdrücklich auf Steuerauscheidungen zu verweisen. Es fragt sich, ob dieser Posten für die Jahre 2005, 2006 und 2007 nicht zu optimistisch budgetiert wurde. Diese Position ist eine, im Finanzplan, ausgewiesene Unsicherheit. Der Stadtrat kann, trotz massgeblichen Korrekturen im Investitionsbereich, seine damaligen eigene Vorgabe eines hohen Selbstfinanzierungsgrades bis 100 % nicht mehr einhalten sondern gibt sich heute schon mit maximal 50 % zufrieden. Er verweist im Finanzplan ausdrücklich darauf, dass der Durchschnittsteuersatz im Kanton mittelfristig ansteigen wird. Die erfolgten Steuererhöhungen einiger Zürcher Gemeinden bestätigen diesen Trend. Der Stadtrat handelte, nach meiner Meinung, politisch sehr klug, indem er von einem konstanten Steuerfuss von 104 % ausgeht. Ich hoffe, dass sich der Stadtrat an seine Vorgaben halten wird und nicht im geheimen mit einer Steuerfusserhöhung liebäugelt. Die EVP/FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass bei einem ständig negativen Cash-flow das Nettovermögen reduziert wird und es ist für jedes Mitglied des Parlamentes einfach nachvollziehbar, dass das in den letzten Jahren geäußnete Eigenkapital sich in den nächsten zwei bis drei Jahren um ca. 50 % reduzieren wird. Die fehlenden Mittel zusätzlich mit erhöhten Steuern wieder einzutreiben, steht bei unserer Fraktion nicht zur Diskussion. Sollte der Stadtrat planen, den Rückgang des Nettovermögens mit Steuern aufzuhalten, sind die politischen Grenzen der Staatsverschuldung mit einzubeziehen. Die Staatsverdrossenheit der Bürger nimmt vermehrt zu und einerseits werden Steuervorlagen abgelehnt. Andererseits werden Initiativen und Vorstösse zur Reduktion der Steuern, wie das Beispiel der Abschaffung der Handänderungssteuer aufzeigt, vom Souverän, wenn auch knapp, gutgeheissen. Der Stadtrat tut gut daran, diese Signale ernst zu nehmen und nicht nur mit erhöhten Steuern versuchen, die anstehende Verschuldung zu verhindern. Nein, unser Finanzhaushalt soll zusätzlich mit Kürzungen im Budget und dem Abbau von nicht lebensnotwendigen Leistungen, unterstützt mit einer signifikanten Ausgabenbremse die mittel- und langfristigen Mittel sichern, die für die geplanten Investitionen notwendig sind. Es darf nicht sein, dass der Staat gezwungen wird, das weitere Ausgabenwachstum nur oder zusätzlich über den Kreditmarkt zu finanzieren. Die Grenzen dieser Art von Finanzierung sind aufgezeigt und sind volkswirtschaftlich sehr umstritten. Solche, zu einem immer grösser werdenden Teil durch staatlichen Konsum entstehenden Ausgaben wie Bürokratie, Freizeitangebote, Beraterhonorare, Sozialleistungen, Zinsendienst sind zwar politisch angenehme Verhaltensweisen der Exekutive und ebenso der Legislative, können aber langfristig sehr gefährlich werden, weil dadurch die Verteilungskonflikte über den kurzfristig und politisch einfacheren Weg der Staatsverschuldung zu Lasten der heutigen Steuerzahler und der kommenden Generation gelöst werden. Des weitern würde eine erneute Verschuldung, zusätzlich eine erhöhte Zinsbelastung verursachen. Die Stadt Adliswil ist nur dank einer, zurzeit bestehenden, hohen Eigenkapitalbasis und der aktuellen tiefen Zinssätzen in der komfortablen Situation, dass die Zinsbelastung von 12 auf 4 Steuerprozent reduziert werden konnte. Es dankt der Bund der Steuerzahler. Der Stadtrat betrachtet den Finanzplan als wichtiges Führungsinstrument. Unsere Fraktion begrüssen es, wenn die Exekutive in den nächsten Jahren dieses Instrument vermehrt restriktiv anwendet.

Budget 2004

Robert Wälle stellt fest, dass beim Budget, der Nettoaufwand bei einzelnen Institutionen reduziert wurde oder in etwa die Vorgaben wie beim Budget 2003 bestehen. Negativ anzumerken und beunruhigend ist, dass der Nettoaufwand für das Ressort Gesundheit um ca. 8 %, für die Sozialen Aufgaben um ca. 7 % und für Jugend, Freizeit und Sport um 25 % erhöht werden musste. Die Hiobsbotschaft für den Bereich Soziale Aufgaben wird mit dem Hinweis zusätzlich verstärkt, dass mit mehr Sozialfällen zu rechnen sei und dadurch zusätzliche Ausgaben anfallen. Da wirken die

Absichten des Regierungsrates die SKOS-Richtlinien zu überarbeiten und allenfalls zu kürzen sehr erfreulich. Das soll nicht heissen, dass wir für eine lineare Kürzung der Sozialausgaben eintreten, nein, es ist eine Lösung anzustreben, die das Verursachungsprinzip vermehrt berücksichtigt und die Verwaltung bei den Grenzfällen und Missbräuchen sensibilisiert. Wie figura zeigt, hat der Total-Nettoaufwand gegenüber dem Budget 2003 abgenommen. Das sind positive Signale, die aber den allgemein negativen Trend nicht wettmachen. Ich habe erfahren, dass in der RGPK beim Budget fast keine Änderungsanträge eingebracht wurden. So bleibt uns als Mitglieder des Gemeinderates nichts anderes, als ein Budget, das keine hohen Wellen wirft, zu genehmigen. Wir können nur hoffen, dass Ist und Soll keine grossen negativen Veränderungen bringen wird. Das Zürcher Stimmvolk hat am 30. November 2003 Ja gesagt, zur Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden. Die Konsequenzen dieser Aufgabenteilung wird für die Stadt Adliswil schwer abzuschätzen sein, ob die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips für uns zu finanziellen Einsparungen oder erhöhten Ausgaben führt. Allgemein wird erwartet, dass eine Zuordnung von öffentlichen Ausgaben auf die Stufen der Gemeinden eine effizientere Aufgabenerfüllung zur Folge hat. Das sind hypothetische Annahmen, nur die Praxis wird es beweisen, ob sich die neue Aufgabenteilung auch in finanzieller Hinsicht bewähren wird. Das Volk und gleichsam unser Parlament sind auf die Ehrlichkeit bei den Einnahmen und Ausgaben angewiesen und es ist festzuhalten, dass die Nagelprobe der Haushaltsdisziplin primär auf der Ausgabenseite und nicht auf der Einnahmenseite stattfindet. So kann der negative Trend nur dann zu Verbesserungen des Finanzhaushaltes führen, wenn rasch über den nötigen Umfang staatlicher Leistungen entschieden wird. Die Budgethoheit, die dem Gemeinderat zusteht, kann nicht darüber hinwegtäuschen, das es für uns Milizler, schwer nachvollziehbar ist, wo noch Einsparungen möglich sind

Stellenplan 2004

Der Stadtrat beantragt eine Erhöhung des Stellenbudgets 2004 von 233 auf 243 Planstellen. Die einzelnen Etatveränderungen gemäss Erwägungen finden im wesentlichen Zustimmung in unserer Fraktion. Sie sind erklärbar, verständlich oder entsprechen Beschlüssen. Trotzdem haben wir den Gesamtstellenplan abgelehnt und unsere negative Haltung wie folgt begründet: Eine zweifellos erforderliche übergeordnete Gesamtbetrachtung, das zeigt auch die heutige Ratssitzung eindrücklich, lässt gut erkennen, dass eine vorsichtigeren Gangart angezeigt ist. Dem hohen Investitionsbedarf stehen zumindest vorderhand rückläufige Einnahmen gegenüber. Es werden uns von übergeordneten Instanzen zunehmen Kosten verordnet. Diese sind teilweise sehr volatil und kaum zu beeinflussen. Trotz der erforderlichen, vorsichtigeren Gangart ist im Stellenplan nur eine Richtung erkennbar: Ausbau. Der Personalaufwand wurde zwischen der Rechnung 2000 und dem Budget 2004 beispielsweise um über 20% erhöht. „Immer mehr“ ist unseres Erachtens aber keine valable Option. Ausbau und Abbau müssen Hand in Hand gehen. Abbau heisst, dass der Spielraum für eine Reduktion gezielt gesucht und entsprechend umgesetzt werden muss. Davon ist in diesem Stellenbudget nichts zu erkennen. Es gibt unseres Erachtens Spielraum. Es muss aber ein Wille vorhanden sein diesen zu nutzen. Es ist überdies zu differenzieren zwischen Effizienz und Effektivität. In vergangenen Geschäften haben wir mehrmals festgestellt, dass hier noch Handlungsbedarf besteht.

Markus Sommer
Gemeinderat FDP